

Die gemeinsame Verantwortung für den Schutz von Frieden und Sozialismus bestimmte auch die Begegnungen des Genossen Erich Honecker mit dem Militärtrat der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sowie mit führenden sowjetischen Militärs, so mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Armeegeneral Pjotr Luschow. In den Gesprächen wurde der feste Bruderbund zwischen den Völkern der UdSSR und der DDR und die Waffenbrüderschaft der verbündeten Armeen bekräftigt. Die DDR wird ihre Verpflichtungen als Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages jederzeit erfüllen und dazu beitragen, die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses auf dem erforderlichen Niveau zu halten. Darin eingeschlossen sind die freundschaftlichen Beziehungen mit der auf dem Territorium der DDR stationierten Gruppe der sowjetischen Streitkräfte.

Die Schutz- und Sicherheitsorgane haben eine aufopferungsvolle Arbeit zur ständigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit geleistet. Mit hoher Einsatzbereitschaft schützten sie die Arbeiter-und-Bauern-Macht und garantierten den Bürgern ein Leben in Ruhe und Geborgenheit.

Den gemeinsamen Klassenauftrag des XI. Parteitagés jederzeit zu erfüllen, betrachten die Kommunisten und alle Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane auch weiterhin als ihre wichtigste Aufgabe. Das um so mehr, da die Gegner des Sozialismus ihre Angriffe auf die politische Stabilität unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht verstärkt haben. Die fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Staates, die verstärkte ideologische Diversion und die Versuche, Handlungen gegen unsere gesellschaftliche Ordnung auszulösen, werden auch künftig keine Aussicht auf Erfolg haben.

Es könnte für die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sowie zwischen der DDR und Berlin (West) nur förderlich sein, wenn die fortgesetzten Provokationen gegen unsere Staatsgrenze und Verletzungen der territorialen Integrität der DDR unterbunden würden. Auf Fragen von Journalisten der »Washington Post« und von »Newsweek« erläuterte Erich Honecker, daß der Schußwaffengebrauch in der DDR wie in allen anderen Ländern der Welt gehandhabt wird. Wörtlich sagte er zu den Journalisten aus den USA: »Und außerdem ist es so, daß wir eine Waffengebrauchsbestimmung haben, die sich nicht von den Schußwaffengebrauchsbestimmungen westlicher Länder unterscheidet. In der Tat verhält es sich so, daß unsere Grenztruppen nur von der Waffe Gebrauch machen bei einem direkten Angriff auf Leib und Leben und auch zur Unterbindung von Desertionen, die allerdings sehr selten